

### **Ausrufung des Klimanotstands**

Die Stadt Konstanz am Bodensee hat am 02.05.2019 als erste deutsche Stadt den „Klimanotstand“ ausgerufen. Der dortige Gemeinderat fasste diesen Beschluss auf Initiative der Schülerbewegung „Fridays for Future“. Zuvor hatten bereits die Städte Vancouver, Oakland, Los Angeles, London und Basel entsprechende Beschlüsse gefasst.

Die Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetages, in der die Umweltamtsleiter vieler deutscher Städte vertreten sind, hat sich in ihrer letzten Sitzung am 16. Mai 2019 mit dem Thema beschäftigt. Folgende Ergebnisse sind aus der Diskussion festzuhalten:

1. Die deutschen Städte setzen sich seit langem für den Klimaschutz ein. Neben der Energieeinsparung und dem Einsatz erneuerbarer Energien stehen sowohl die energetische Gebäudesanierung als auch die Förderung umweltfreundlicher Mobilität im Vordergrund. Zunehmend werden auch Klimaschutzkriterien in der kommunalen Bauleitplanung berücksichtigt. Die Städte leisten gemeinsam mit ihren Stadtwerken einen wichtigen Beitrag, um Kohlendioxid-Emissionen in den Städten zu senken. Dieses Engagement der Städte sollte allerdings vor Ort noch deutlicher kommuniziert werden.
2. Gemeinsame Initiativen, die den kommunalen Klimaschutz und das private Engagement für mehr Klimaschutz stärken, unterstützen das Bemühen der Städte. Deshalb wird die Schülerbewegung „Fridays for Future“ ausdrücklich begrüßt. Das ehrenamtliche Engagement der Jugend hat bereits in vielen Städten zu gemeinsamen Gesprächen – häufig auch mit den Oberbürgermeistern, den Umweltdezernenten und den Umweltamtsleitern – geführt. Ziel sollte es sein, gemeinsam mit den Vertretern der Schülerbewegung örtliche Projekte im Klimaschutz zu identifizieren und umzusetzen. Damit wird die städtische Klimapolitik unterstützt und weiterentwickelt.
3. Die Auswirkungen auf den Klimaschutz sollten bei allen städtischen Beschlüssen auch zukünftig beachtet werden. Allerdings darf dies nicht lediglich zu einem zusätzlichen bürokratischen Aufwand führen.
4. Das Engagement der Städte wird voraussichtlich nicht reichen, um die Klimaschutzziele vor Ort zu erfüllen. Die Arbeit der Bundesregierung an einem Klimaschutzgesetz wird deshalb nachdrücklich begrüßt. Der Klimaschutz ist für die Städte eine zentrale Zukunftsaufgabe. Deshalb muss das Klimaschutzgesetz des Bundes Regelungen für eine tragfähige Finanzierung klimaschützender Maßnahmen vorsehen.